

Ab und durch

Dass der Kreistag den Neubau des Krankenhauses in Bretten beschließen würde, stand schon vor Sitzungsbeginn fest. Der Raumschaft im Osten des Kreises sei es gegönnt. Schließlich waren die Menschen rund um Bretten und deren Bedarf nach einer wohnortnahen Versorgung im Krankenhaus das wichtigste Argument bei der Entscheidung von gut 90 Prozent der Kreisräte. Die Zusage der Sozialministerin, das 50-Millionen-Projekt fördern zu wollen, konnte der Landrat punktgenau nach einem Termin am Vormittag in Stuttgart am Nachmittag in Stutensee vermelden.

Wenn es der Raumschaft nutzt – da müssen Fragen nach Kosten oder medizinischen Notwendigkeiten außen vor bleiben. Den Kreisräten Hans Reinwald und Christine Geiger kommt das Verdienst zu, diese Fragen wider

Kommentar

den Mainstream nachdrücklich gestellt zu haben. Wer will Baukosten garantieren, wer die Vermeidung eines ganz erheblichen Zuschussbedarfs? Die neue Klinik wird eine schöne Einrichtung, die laut Gutachten für die medizinische Versorgung der Region Bretten nicht zwingend erforderlich ist. Und vor allem: Was gestern als Krankenhaus der Grund- und Regelversorgung beschlossen wurde, kann sich binnen Kurzem zu einer Schwerpunkt- und Spezialklinik für Alterskrankheiten entwickeln. Und wie lange es in Bretten mitten im ländlichen Raum mit Gemeinden, deren Einwohnerzahlen zurückgehen werden, einer eigenen Geburtshilfestation bedarf, bleibt offen.

Niemand will, dass Reinwald die dem Landrat angebotene Wette gewinnt, wonach Baukosten und Betriebskostenzuschuss höher ausfallen als geplant. Man sollte seine Bedenken nicht nach Absurdistan verbannen. Zwar ist der Neubau beschlossen und die Raumschaft kann sich freuen. Ob sich die Kreisräte in zehn Jahren noch über die Entscheidung freuen, muss sich erweisen. Matthias Kuld

Bretten bekommt ein neues Krankenhaus

Hitzige Debatte im Kreistag und nur wenige Gegenstimmen / Großes Interesse bei den Bürgern

Von unserem Redaktionsmitglied
Matthias Kuld

Stutensee/Bretten. Der auf 50 Millionen Euro kalkulierte Neubau des Krankenhauses in Bretten ist gestern bei fünf Gegenstimmen durch den Kreistag auf den Weg gebracht worden. Trotz des klaren Votums verlief die Debatte phasenweise hitzig, was Landrat Christoph

Schnaudigel am Ende zum Hinweis veranlasste, dass „ich den Verlauf der Diskussion bedauere“.

Schnaudigel hatte in der Festhalle in Stutensee-Blankenloch vorab die Fixpunkte dargestellt. Wichtig war ihm dabei, dass nicht nur in Bretten der Neubau für 50 Millionen, sondern auch am Krankenhaus Bruchsal Investitionen über aktuell noch rund 25 Millionen

Euro geplant sind. Der Neubau Bretten habe sich als beste Lösung ergeben, wenn es darum gehe, dem Auftrag nachzukommen, für die Menschen im östlichen Landkreis die Leistungen eines Krankenhauses der Grund- und Regelversorgung vorzuhalten. Der Hinweis, dass man angesichts eines von Gutachtern prognostizierten Betriebskostendefizits eine Klinik nicht ausschließlich

unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sehen dürfe, löste bei den etwa 150 Zuhörern aus dem Raum Bretten und dem Umfeld der Klinik Beifall aus.

Den konnte auch Klaus-Dieter Scholz verbuchen. Der CDU-Sprecher nannte den Neubau der Rechbergklinik „die für Patienten beste und wirtschaftlichste Lösung“. Für ihn wird Bretten künftig mit den Stationen Innere Medizin, Geburtshilfe, Visceral-/Gefäßchirurgie, ambulantes Operieren und Notfallpraxis „ein umfassendes Leistungsangebot für unsere Bevölkerung“ vorhalten. Nicht nur bei Scholz, sondern auch bei SPD-Sprecher Markus Rupp ging es um das 'Ja' des Kreistages zu einer „wohnortnahen Grund- und Regelversorgung im Krankenhaus“. Rupp kritisierte die Politik der Bundesregierung: Die Krankenkassen sanieren, die kleinen Kliniken ruinieren – das sei gegen den ländlichen Raum gerichtet. Für Eberhard Roth (Freie Wähler) ist der ländliche Raum der Leidtragende einer verfehlten Krankenhauspolitik. Analog dem Landrat machte er deutlich, dass eine Klinik in öffentlicher Trägerschaft nicht als Wirtschaftsbetrieb zu verstehen sei, sondern als Dienstleister für die Menschen. Uwe Rohrer von den Grünen warnte trotz Zustimmung vor finanziellen Belastungen, die dereinst über die Kreisumlage zu finanzieren wären. Jürgen Wacker (FDP) betonte den Investitionsbedarf für das Krankenhaus in Bruchsal und unterstrich die Diktion des Landrats, wonach Bruchsal und Bretten nicht mehr als zwei Kliniken des Landkreises, sondern als eine Klinik an zwei Standorten mit einem abgestimmten medizinischen Angebot zu verstehen seien.

Gegen den Neubau ist Hans Reinwald (CDU). Er warnte davor, das Projekt „mit populistischen Argumenten durchzuwinken“. Er argumentierte unter anderem mit unkalkulierbaren Kosten. Christine Geiger von den Grünen wollte, dass geprüft wird, ob nicht ein Standort Bruchsal die medizinische Versorgung der Menschen im östlichen Landkreis sichern könne. Aus Sicht des Landrats ist das – zumal kurzfristig – nicht leistbar (siehe Kommentar).



SO VIELE BÜRGER wie schon seit vielen Jahren nicht interessierten sich gestern für eine Sitzung des Kreistages in der Festhalle Stutensee-Blankenloch. Das Thema, um das es ging, war der Klinik-Neubau in Bretten. Foto: Aläbisio

Nach Friedrichstal kommen Asylbewerber

Landkreis nimmt insgesamt rund 350 Menschen auf

Von Klaus Müller und Matthias Kuld

Stutensee. Nachdem sich im vergangenen Jahr die Zahl der Asylbewerber wieder deutlich erhöht hat, musste der Landkreis nach neuen Unterbringungsmöglichkeiten suchen. Schon über den Jahreswechsel wurde eine Unterkunft in Ettlingen eingerichtet. Dort sind seitdem etwa 35 Menschen eingezogen, die in Deutschland Asyl beantragt haben.

Gestern nun hat der Kreistag beschlossen, dass auch in

Stutensee-Friedrichstal Asylbewerber untergebracht werden. Der Landkreis, so informierte Sozialdezernent Peter Kappes, hat in dem Objekt früher schon einmal Spätaussiedlern eine erste Wohnung geboten.

Die Immobilie, die im Spätjahr etwa 90 Asylbewerber aufnehmen soll, muss noch auf Vordermann gebracht werden. Der Kreistag stimmte auf seiner gestrigen Sitzung in Stutensee-Blankenloch der Ausgabe von 280 000 Euro.

Die Zustimmung umfasst auch die 500 000 Euro, mit denen die bestehende Unterkunft im Ubstadt-Weiherer Ortsteil Zeutern gekauft werden soll. Hier

leben etwa 200 Asylbewerber. Allerdings, so Kappes, sind die Räumlichkeiten – so sinngemäß – etwas notleidend. Geplant ist deshalb der Bau von flexiblen Wohnmöglichkeiten, für den allerdings der Kreis nicht selbst verantwortlich zeichnen. Er will von einer Genossenschaft bauen lassen.

Mit den drei Standorten Ettlingen, Zeutern und Friedrichstal und der Kapazität für etwa 350 Menschen erfüllt der Kreis rechnerisch die an ihn in der Asylbewerberfrage gestellten Anforderungen.

Die Regelung, dass sich künftig die Unterbringung auf mehrere Standorte verteilt, wurde vom Kreistag fraktionsübergreifend befürwortet.

Damit verbundene kleinere Wohn- und Unterbringungseinheiten begrüßten Klaus Demal (Freie Wähler) und Christine Geiger (Grüne). Lange Zeit habe es ja nur den Standort in Zeutern gegeben, erinnerte in diesem Zusammenhang Tony Löffler (CDU). Auch in Zeutern wird es künftig durch den Erwerb des Grundstückes kleinere Einheiten geben. Geplant sind dort nach derzeitigem Stand vier Wohneinheiten.

Weitere Standorte sind Ettlingen und Zeutern

Modellbahn mit 700 Meter Strecke

Germersheim (BNN). Ziel eines Familienausflug könnte die große öffentliche Modellbahnanlage im Zeughaus der Festung Germersheim sein. Am Pfingstmontag, 28. Mai, ist die Eisenbahn zwischen 14 und 18 Uhr in Betrieb. Rund 700 Meter lang ist die Fahrstrecke, die die Bahnen durch Tunnel, über Brücken, Wiesen, Wald und Städte rollen. Züge, Häuser, Autos und Bäume sind im Maßstab 1:87 verkleinert. Neben vielen Fantasiegebäuden kann man auf der Modellbahn auch Nachbildungen markanter Bauwerke aus der Region bestaunen – etwa das Hambacher Schloss oder die Burg Trifels. Ein weiterer Öffnungstag ist für Sonntag, 3. Juni, ebenfalls zwischen 14 und 18 Uhr, vorgesehen.

Gut erreichbar ist die Bahn per großer Eisenbahn, die Stadtbahn hält am nahen Haltepunkt Germersheim-Mitte.

„Die grauen Zellen“ spielen fürs Hospiz

Karlsruhe/Ettlingen (BNN). Eine Benefizveranstaltung zugunsten des Hospiz „Arista“ in Ettlingen – einer Einrichtung für schwerkranke und sterbende Menschen in Stadt und Landkreis Karlsruhe findet am Samstag, 2. Juni, um 19 Uhr im Gemeindegarten der Evangelischen Stadtkirche Durlach, Am Zwingler 5, statt. Das Seniorenkabarett „Die grauen Zellen“ tritt mit seinem Programm „La Me(h)r“ auf. Vorverkauf in Durlach bei den Buchhandlungen Mächtlinger und „Der Rabe“, in Ettlingen bei der Buchhandlung Abraxas. Hotline (0 72 46) 7 08 17 von Montag bis Freitag von 9 bis 12 Uhr. Bestellung per Mail: info@hospizfoerderverein.de.

Die „Grauen Zellen“ sind ein Ensemble, das sich der Satire verschrieben hat. Seit 1995 bringt die Gruppe jedes Jahr ein neues Programm.

Bruchsal (ks). Die Schulleiter der öffentlichen Musikschulen der Region Mittlerer Oberrhein – das sind die 16 Schulen aus den Landkreisen Rastatt, Karlsruhe und der Stadt Karlsruhe – wählten Ulrike Redecker (Bruchsal) zur Regionalvorsitzenden und Martin Schirrmeister (Bad Schönborn) zum stellvertretenden Regionalvorsitzenden.

Regionalchefin für die Musikschulen

Für die kommenden drei Jahre haben sich die Schulleiter verschiedene Zuständigkeitsbereiche aufgeteilt, damit die Arbeit auf möglichst viele Schultern verteilt ist, heißt es. Für die Organisation regionaler Veranstaltungen

erklärten sich bereit Alois Hirsch (Östringen), Achim Rheinschmidt (Gaggenau) und Heinrich Funk (Baden-Baden).

Die Vorsitzende Ulrike Redecker ist zuständig für die Kooperation mit Kindertagesstätten und vertritt die Region im erweiterten Vorstand des Landesverbandes der Musikschulen in Stuttgart.

SEK-Einsatz nach Morddrohung

57-Jährigen aus Hügelshiem schlafend im Bett der Wohnung gefunden

Hügelshiem/Karlsruhe (bek). Die fristlose Kündigung bei einer Firma in Karlsruhe und anschließende Morddrohungen des Entlassenen haben gestern in Hügelshiem den Einsatz des Sondereinsatzkommandos aus Göppingen erforderlich gemacht. Kurz vor 15 Uhr

finden Beamte des SEK den 57-jährigen Tatverdächtigen alkoholisiert und schlafend in seiner Wohnung, nachdem sie dort eingedrungen waren.

Nach Darstellung der Polizeidirektion Rastatt/Baden-Baden war dem Mann am Mittwoch von seiner Firma in Karls-

ruhe gekündigt worden. Bereits dort habe er den Verantwortlichen verbal bedroht. Gestern Morgen sei er dann telefonisch massiver geworden und habe dem Firmeninhaber angedroht, ihn umzubringen. Der Firmenchef informierte daraufhin gegen 10 Uhr die Polizei. Da befürchtet wurde, dass der Mann über eine Schusswaffe verfügen könnte, umstellte die Polizei das Mehrfamilienhaus in Hügelshiem und sperrte die Umgebung ab, um eine Gefährdung von Nachbarn und Passanten auszuschließen. Vorsorglich waren auch ein Notarzt und das DRK vor Ort.

Das angeforderte Sondereinsatzkommando machte sich dann gegen 14.45 Uhr vom Hügelshiemer Rathaus aus auf den Weg in das Haus in der Gartenstraße. Auf Telefonanrufe und Klopfen hatte der allein in der Wohnung lebende Mann augenscheinlich nicht reagiert.

Die Beamten fanden den Mann schließlich schlafend im Bett. Eine Schusswaffe wurde nicht gefunden.

Der 57-Jährige war im Dorf offenbar nur wenig bekannt und hatte sich auch nicht am öffentlichen Leben beteiligt. Angeblich soll er in der Vergangenheit gegenüber einem Familienmitglied handgreiflich geworden sein. Die Ermittlungen dauern an, betonte ein Sprecher der Polizeidirektion.



EIN SONDEREINSATZKOMMANDO der Polizei drang gestern in eine Wohnung in der Gartenstraße in Hügelshiem ein. Der Tatverdächtige lag alkoholisiert im Bett. Foto: Collet

Bretten (BNN). „Es gibt von der Polizei keine Aufträge an die City-Streife. Es gibt keine Kooperation“ erklärte Günther Kolb, kommissarischer Leiter des Polizeireviere Bretten bei der Vorstellung der aktuellen Statistik auf das Unternehmen, das seit einigen Wochen im Auftrag der Stadt Bretten abends als kommunaler Sicherheitsdienst öffentliche Präsenz zeigt.

Von der City-Streife „nicht begeistert“

„Wir sind nicht gerade begeistert, dass so etwas erforderlich ist“, kommentierte der Polizeichef den Einsatz der Männer, die in dunklen Uniformen und mit Fahrzeugen, die an Streifenwagen erinnern, unterwegs sind. „Aber

wenn der Gemeinderat das für notwendig hält, sagen wir grundsätzlich ja dazu. Wenn jeder das Seine tut“, klappt es auch“, bemerkte Kolb.

Die Mitarbeiter der von der Stadt beauftragten Privatfirma haben „die gleichen Rechte wie jedermann – mehr nicht“, machte Günther Kolb klar. Aufträge und Weisungen der Polizei an die Citystreife gebe es nicht.